Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 30 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ. Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 30 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 400. Mittwoch den 25. November 1891. 85. Jahrgang.

Begreifliche Befürchtungen.

□ München, 24. November. Seit die Delegirten zum Handelsvertrag die bayerische Hauptstadt paragraphenbewaffnet verlassen haben, hat eine Reihe von Interessenten ein Gefühl der Sorge ergriffen, ob der deutsche Michel beim Vertragsabschluß in seiner sprichwörtlichen Gutmüthigkeit nicht etwa zu kurz gekommen sei bezw. ob gewisse Schutzzölle nicht doch eine schädigende Ermäßigung gefunden haben. Auch in der Presse wurden derartige Befürchtungen laut und während in Deutschland hauptsächlich die Agrarier aus ihrer Sorge über eine mögliche Ermäßigung der Getreidezölle kein Hehl machten, schlagen in Oesterreich die Leinenfabrikanten wegen einer Zollermäßigung für italienische Leinwand Lärm. Die bayerische Abgeordnetenkammer wurde heute der Schauplatz eines hochinteressanten Geplänkels zwischen Abgeordneten und der wie auch in anderen Staaten hinsichtlich der Handelsverträge ungemein schweigsamen Regierung. Es hegen nämlich die bayerischen bezw. deutschen Weinbauern ähnliche Besorgnisse wie die Getreidebauern, und eine in der Kammer eingebrachte Interpellation über die große Notlage der unterfränkischen Winzer nebst Bitte um Staatshilfe durch Grundsteuernachlaß gab erwünschte Gelegenheit zum Versuch, den Finanzminister zu einer Aeußerung hinsichtlich des neuen Zolltarifes zu reizen.

Zunächst sprachen die unterfränkischen Abgeordneten über das Winzerelend in ihrer Heimath durch die Mißernten der letzten Jahre, worauf der Finanzminister Steuernachlässe nach Gesetzesvorschrift je nach eingebrachten Nachlaßgesuchen zusicherte. Wie aber der pfälzische Abgeordnete Müller-Hardt, ein Großweinbauer, angesichts der tristen Lage auch der pfälzischen Winzer das Thema vom gefährdeten Schutzzoll berührte, nahm die Debatte einen höheren, wohl allgemein interessirenden Lauf. Der Abgeordnete erachtet einen hohen Schutzzoll für deutschen Wein für ein weit wirksameres Schutzmittel als partielle Steuernachlässe, und nach seiner begründeten Ansicht müsse die Kreise der deutschen Weinproducenten große Besorgniß erfassen, ob nicht die neuen Zollsätze für Wein die Interessen des deutschen Weinbaues schwer schädigen. Namentlich befürchtet dieser Redner die Gefährdung des Verkehres im Traubenmost durch Import italienischen Mostes, der durch verbilligten Zoll große Ausdehnung gewinnen kann. Wenn daher die bayerische Regierung noch vermag, für die Beibehaltung der alten Zollsätze einzutreten, so bringt sie dem bedrängten Weinbau weitaus größere Hilfe als durch Steuernachlaß. Dieser Meinung schließen sich mehrere pfälzische Redner an, und nennt namentlich Dr. Buhl-Deidesheim die neuen Handelsvertragsbestimmungen, von denen ja etwas in beunruhigender Weise in die Presse durchgesickert ist, eine große Gefahr für den Winzer, besonders aber für den Verkauf des Mostes. Besonders Schaden wird der Anbau der Portugiserreben erleiden, aber auch die weißen Weine erscheinen schwer geschädigt. Dr. Buhl will daher Schutz für den Ackerbau, aber auch für den Wein. Im Laufe der Debatte kam noch manche Anregung; so will Abg. Stöcker principiellen Nachlaß für alle Winzer des Königreichs und Dr. Frank kommt mit seiner alten Liebe wieder, indem er, wenn es keinen deutschen Sauerkrautverein mehr giebt, den Speßarter Heidelbeerwein wenn empfiehlt. Auch das Nahrungsmittelgesetz wird wegen des Fehlens einer genügenden Definition des Begriffes „Wein" gestreift und die heilige Frage des Zuckerzusatzes erwähnt.

Mit begreiflicher Spannung sah man der Aeußerung vom Ministertische entgegen. Finanzminister Dr. Riedel hielt sich beim Weinzuckern nicht lange auf, weil es ja jetzt in Bayern ohnehin keinen Wein zum Zuckern giebt infolge der Mißjahre. Die Besorgnisse hinsichtlich der Handelsvertragsbestimmungen aber findet auch der Minister begreiflich, allein er kann absolut keine Auskunft geben über die Verträge selber, die ja seinerzeit doch veröffentlicht werden müssen. So viel steht indeß fest, daß die deutsche Regierung bemüht war, die Landesinteressen möglichst zu schützen. Natürlich werden Verträge ohne gegenseitige Concessionen nicht geschlossen. Mit dieser Erklärung mußte sich das Haus zufrieden geben.

Leipzig, 25. November.

* Wir erhalten aus Berlin folgendes Privattelegramm: Die gestrige Unterredung Giers' mit dem Kaiser dauerte kaum 10 Minuten. Vorher wartete Minister Giers etwa 10 Minuten im Sternensaal des königlichen Schlosses, in Unterredung mit Graf Pückler und Adjutant Major Scholl begriffen. Der russische Minister hatte schwarzen Gesellschaftsanzug mit dem Band des Rothen Adlerordens angelegt. Er sah nach der Audienz sehr ernst aus.

* Im Etat des Auswärtigen Amtes für 1892/93 ist bekanntlich eine Forderung für geheime Ausgaben in Höhe von 500 000 ℳ vorgeschlagen, während dieser Fonds bisher nur 48 000 ℳ betragen hat. In der Presse ist bisher noch verhältnißmäßig wenig über diese Forderung gesprochen worden, und man wird daraus schließen können, daß sie auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen wird. Zur Begründung dieser bedeutenden Erhöhung ist in einer kurzen Bemerkung des Etats auf den durchaus ungenügenden bisherigen Betrag hingewiesen, der um das Zwanzigfache niedriger sei als die entsprechenden Aufwendungen anderer Regierungen. Eines Hinweises auf den Welfenfonds enthält sich die Begründung begreiflicher Weise; doch ist es ja allbekannt und oft genug amtlich zugegeben, daß erhebliche Summen aus diesem Fonds für geheime Zwecke des Auswärtigen Amtes verwendet worden und daß man nur durch diese Hilfsquellen bisher im Stand gesetzt war, mit einer so geringen Summe auszukommen. Eine anderweite gesetzliche Regelung der Verwendung dieses Fonds steht bekanntlich im preußischen Landtag nahe bevor, um die Vorbedingung dazu ist eben der Ersatz für die alsdann wegfallenden Zuschüsse zu den genannten Zwecken des Auswärtigen Amtes. Schon der allseitige Wunsch, über den Welfenfonds bald zu einer Verständigung zu kommen, wird auch den Reichstag geneigt machen, das Auswärtige Amt mit einer angemessenen Summe auszustatten für Zwecke, deren Betreibung nun einmal nicht entbehrt werden kann. Der geforderte Betrag bleibt auch so noch erheblich hinter den Aufwendungen zurück, welche andere große Staaten für diese Zwecke mit Zustimmung der Volksvertretung machen.

* Die commissarischen Berathungen, welche im preußischen Justizministerium betreffs gesetzlicher Maßnahmen gegen das Zuhälterwesen zwischen den betheiligten Ressorts des Reichs und Preußens stattgefunden haben, sind zum Abschluß gelangt. Es darf angenommen werden, daß die Ergebnisse derselben demnächst in der Form eines Vorschlages zu einer entsprechenden Ergänzung des Reichsstrafgesetzbuches zu Tage treten werden.

* Die Petitionscommission des Reichstages beschäftigte sich jüngst mit der Frage des Portos für Soldatenpackete. Für Sendungen von Soldaten wird das gewöhnliche Porto erhoben, für gewöhnliche Packete an Soldaten bis zum Gewichte von 6 Pfund ist das Porto für alle Entfernungen auf 20 ₰ festgesetzt. Ein Steueraufseher, von dessen Söhnen zeitweise drei in der Armee in verschiedenen, vom Heimathsorte weit entfernten Garnisonen gleichzeitig gedient haben, hatte nun in einer an den Reichstag gerichteten Eingabe den Wunsch ausgesprochen, für die an die Soldaten mit der Post beförderten Packete insofern eine weitere Erleichterung eintreten zu lassen, daß entweder ein Packet von 10 Pfund frei oder für den gegenwärtigen Portosatz von 20 ₰ befördert werde. Obschon der in der Petitionscommissionssitzung anwesende Vertreter des Reichspostamtes darauf hinwies, daß die oben angegebene Portofestsetzung im Einverständniß mit dem preußischen Kriegsministerium getroffen sei und demnach die Militairverwaltung selbst eine Ausdehnung der Gewichtsgrenze über 3 kg nicht für erforderlich halte, war die Commission gleichwohl der Meinung, daß das Verlangen, die Gewichtsgrenze für die an Soldaten gehenden Packete etwas weiter hinausgeschoben zu sehen, einige Berücksichtigung verdiene. Sie beantragt deshalb beim Plenum, die erwähnte Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

* Die von Preußen und Bremen eingesetzte Commission zur Vorbereitung der Gebietsabtretung Preußens behufs Vergrößerung des Hafens von Bremerhaven hat ihre Arbeiten begonnen. Preußen ist durch 12 Herren, darunter auch Vertreter der Marine, vertreten, Bremen durch 5 Herren aus dem Senat.

* Die Veröffentlichung des neuen preußischen Schulreformplans für die Gymnasien steht nach der „N. L. C." in allernächster Zeit bevor. Die Vorschläge der überwiegend humanistischen Siebenercommission sollen danach größtentheils verworfen sein. Der Unterricht im Lateinischen soll fortan erst in Tertia, der im Griechischen erst in Secunda beginnen. Die dadurch für die unteren Classen freiwerdende Zeit soll auf neuere Sprachen verwandt werden.

* Soeben ist der preußischen Generalsynode der Entwurf eines Kirchengesetzes, betr. die Aufhebung von Stolgebühren für Taufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote, zugegangen. Nach §. 1 wird die Verpflichtung zur Entrichtung von Stolgebühren für Taufen und Trauungen in ertäglich einfachster Form, sowie für Aufgebote aufgehoben. Entsteht im einzelnen Falle darüber Streit, ob eine Stolgebühr ungeachtet der Bestimmung des §. 1 zu entrichten ist, so entscheidet der Kreissynodal-Vorstand nach Anhörung des Gemeinde-Kirchenraths (Presbyteriums) und auf erhobene Beschwerde das Provinzial-Consistorium. Die Stellen der Geistlichen und Kirchenbeamten sind für den ihnen durch die Aufhebung der Stolgebühren entstehenden Ausfall der Einnahmen von der Kirchengemeinde durch eine Rente zu entschädigen. Von der Entschädigung sind ausgenommen diejenigen geistlichen Stellen, deren Jahreseinkommen außer Stolgebühren und freier Wohnung 6000 ℳ beträgt. Jedoch bleiben auch die auf diesen Stellen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Amte befindlichen Geistlichen für ihre Amtsdauer in derselben Weise zu entschädigen, wie die sonstigen Stellen, in so weit sie nicht auf Grund des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung aus Staatsfonds entschädigt werden. Die Höhe der Entschädigungsrente bestimmt sich nach dem Durchschnitt der Stolleinnahme aus den aufgehobenen Gebühren für die in den Jahren 1888, 1889 und 1890 in der Gemeinde vollzogenen Handlungen.

* Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: „Wir lesen in der „Post":

Da jetzt so viel von der kaiserlichen Inschrift „suprema lex regis voluntas" die Rede ist, so mag das nachstehende Wort aus der Thronrede vom 27. Juni 1888, der ersten, welche König Wilhelm II. vor dem preußischen Landtag gehalten, nicht unzweckmäßig in Erinnerung gebracht werden.

„Es liegt Mir fern, das Vertrauen des Volkes auf die Stetigkeit unserer gesetzlichen Zustände durch Bestrebungen nach Erweiterung der Kronrechte zu beunruhigen. Der gesetzliche Bestand Meiner Rechte, so lange er nicht in Frage gestellt wird, genügt, um dem Staatsleben das Maß monarchischer Einwirkung zu sichern, dessen Preußen nach seiner geschichtlichen Entwickelung, nach seiner heutigen Zusammensetzung, nach seiner Stellung im Reich und nach den Gebräuchen und Gewohnheiten des eigenen Volkes bedarf. Ich bin der Meinung, daß unsere Verfassung eine gerechte und nützliche Vertheilung der Mitwirkung der verschiedenen Gewalten im Staatsleben enthält, und werde sie auch deshalb, und nicht nur Meines Eides wegen, halten und schützen."

Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß die Redaction dieses Theiles der Thronrede vom damaligen Ministerpräsidenten Fürsten von Bismarck ausgegangen ist und würden uns freuen, zu hören, daß die damit angezeigten Grundsätze noch heute in voller Geltung bestehen."

* Ueber Aeußerungen der fremdländischen Presse über den Aufenthalt des Herrn von Giers in Berlin liegen folgende Meldungen vor:

London, 24. November. Nach einem Pariser Drahtberichte der „Times" hat die Berliner Reise von Giers den Zweck, die verletzten Gefühle des deutschen Kaisers zu beschwichtigen und eine öffentliche Kundgebung besserer Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland, die im Frühjahr erfolgen solle, anzubahnen. Einem Vertrauten solle Giers gesagt haben, er habe anfänglich keine politische Aufgabe gehabt; nach Paris sei er ohne Marschroute gekommen. Dort habe er viel nüchternere Anschauungen über die französisch-russische Verständigung vorgefunden, als er erwartet hätte.

Petersburg, 24. November. Rückhaltsloser als gestern äußern sich heute die Blätter, indem sie eine Verständigung mit Deutschland als wünschenswerth anerkennen. Einstimmig wird die große politische Bedeutung des Berliner Besuchs von Giers hervorgehoben und sogar gehofft, daß damit die französisch-deutschen Begegnungen gefeiert werden.

* Dem „Djiennik Poznanski" zufolge hat der Prälat Dr. v. Stablewski den vorgeschriebenen Eid als Erzbischof electus im Posener Consistorium vor dem bisherigen Administrator Bischof Dr. Likowski geleistet.

* Der „K. V.-Z." zufolge senden sämmtliche katholischen Arbeitervereine Deutschlands auf Beschluß der Generalversammlung ihrer Präsides an den Papst als Antwort auf die vor einiger Zeit erlassene Encyklika eine Ergebenheitsadresse, welche Cardinal Melchers Weihnachten überreichen wird.

* Aus Sonneberg wird uns gemeldet: In einer hier abgehaltenen Versammlung der nationalliberalen Vertrauensmänner unseres Kreises sprachen die anwesenden Secretaire der nationalliberalen Partei, Paxig-Berlin und Dr. Westphal-Gotha, über die gegenwärtig unsere Zeit bewegenden politischen Fragen. General-Secretair Paxig berührte einleitend die schwierigen Uebergangsverhältnisse seit dem Hinteritt des greisen Kaisers Wilhelm und dem Ausscheiden des großen Staatsmannes Bismarck. Nach wie vor müsse es unsere Pflicht sein, in der auswärtigen Politik das Deutsche Reich gegen fremde Anzettelungen zu schützen, auch die neuen Staatsmänner in dieser Thätigkeit zu unterstützen. In der inneren Politik müssen die freiheitlichen Errungenschaften festgehalten und vertheidigt werden. Eine Hauptaufgabe sei, die inneren wirthschaftlichen Verhältnisse zu consolidiren, wozu die Handelsvertrags-Politik guten Boden bereiten werde. Im Weiteren aber gelte es, namentlich auch zur Abwehr gegen die Socialdemokratie, positiven Bestrebungen nachzugehen, sowohl zur Beförderung des Arbeiterstandes, wie insbesondere zur Stärkung und Erhaltung des Handwerkerstandes und des mittleren und kleinbäuerlichen Besitzes. Für unsere Partei gebe es in der Sammlung der nationalen Kräfte sehr viel zu schaffen und aus eigener Kraft heraus müssen wir in politischen und wirthschaftlichen Dingen Leben gestalten. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag ergriff Dr. Westphal das Wort, um die Vaterlandslosigkeit der Socialdemokratie und die Gewissenlosigkeit deren Führer in offener und scharfer Weise zu geißeln, wofür ihm ebenfalls lebhafter Dank gezollt wurde. Interne Angelegenheiten folgten hierauf zur Besprechung.

* Bei der im 11. württembergischen Wahlbezirk (Hall-Oehringen-Weinsberg) stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl wurden nach den bisherigen Zählungsergebniß für Hartman (Demokrat) 7850 Stimmen, für Agster (Socialdemokrat) 1220 Stimmen und für Kiene (Centrum) 302 Stimmen abgegeben. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt etwa 23 200.

* * *

* In dem Exposé, welches der Minister v. Kallay im Ausschusse der österreichischen Delegation über die Verwaltung der occupirten Provinzen gab, bezifferte derselbe den Totalaufwand der Investitionen in Bosnien und der Herzegowina auf 4 371 000 Gulden. Diese Investitionen erstrecken sich auf Eisenbahnen, Wasserbauten, Cisternenanlagen, Bodenmeliorationen, landwirthschaftliche Stationen, Militairunterkünfte, Amtsgebäude für Schulzwecke, Cultus und sanitäre Maßregeln. Die Mohamedaner bezeichnete der Minister als ein conservatives, der Monarchie aufrichtig ergebenes Element; seit 1883 bis zu dem diesjährigen Herbste seien 11 359 Mohamedaner ausgewandert, trotzdem sei die mohamedanische Bevölkerung um 8500 Köpfe gewachsen. Größere Grundbesitzer seien nicht ausgewandert; dieselben seien der Regierung ergeben, agitirten sogar gegen die Auswanderung, zu welcher meist kleine Besitzer in Folge der neugeschaffenen wirthschaftlichen Verhältnisse griffen. Die Regierung lasse sich im Bewußtsein der Stärke ihrer Position in den occupirten Provinzen durch die unglaublichen Uebertreibungen der serbischen Presse keineswegs beunruhigen. — Die Wiener Blätter besprechen das Exposé des Ministers Kallay einmüthig mit lebhaftem Beifall.

* In der fortgesetzten Berathung des Antrags Plener, betreffend die Erleichterung der niedrigsten Classe der Erwerbsteuer, sprach sich der Finanzminister gegen den Antrag aus und erklärte, die Regierung werde selbst bei Beginn der nächsten Session Vorschläge zur Erleichterung der kleinen Steuerzahler einbringen. Falls der Plener'sche Antrag angenommen würde, wäre ein Deficit unvermeidlich, da für den Ausfall an Einnahmen im Antrag nicht vorgesorgt sei und auch durch den Entwurf der Börsensteuer der Ausfall nicht gedeckt werden könne. Obwohl er übrigens für den bekannten Entwurf der Börsensteuer sei, halte er den gegenwärtigen Zeitpunct zur Einführung der Börsensteuer für ungünstig, da sämmtliche europäische Börsen in einem solchen Zustande der Aufregung sich befänden, daß mit Störungen zurückgehalten werden müsse. Vorerst sollte auch das Verhältniß der Börsensteuer zu Ungarn festgestellt werden, worüber Verhandlungen mit der ungarischen Regierung bereits eingeleitet seien. Der Minister schlägt vor, eventuell solle der Plener'sche Entwurf die Nachlässe, welche der erste Artikel den kleinsten Erwerbsteuerträgern gewährt, ebenfalls den kleinsten Erwerbsteuerträgern auferlegen. Zu diesem Behufe möge der Entwurf an den Ausschuß zurückgewiesen werden. (Lebhafter Beifall.) Im Laufe der Debatte beantragte Jaworski, die Umlage an den Steuerausschuß zu verweisen. Dieser Antrag wurde mit 166 gegen 126 Stimmen abgelehnt und das Eingehen in die Specialdebatte über den Antrag Plener beschlossen. Dafür stimmten die Polen, der Club Trentino und die böhmischen Großgrundbesitzer, dagegen die vereinigte Linke, die Deutsch-Nationalen und Jungczechen, sowie der Coronini-Club. — Der Abgeordnete Jaworski interpellirte die Regierung wegen Eruirung der Quellen der Meldung des „Wiener Tagblatts".

* Aus Paris wird gemeldet: Die hier vielfach herrschende Ansicht, daß durch den Rücktritt Fonseca's alsbald Beruhigung in Brasilien eintreten werde, begegnet in brasilianischen Kreisen starkem Zweifel. Silveira Martins ist der Ansicht, daß durch den Rücktritt Fonseca's zwar etwas gewonnen sei, da Peixoto ein ernsterer Mann sei als jener, doch sei die Revolution in Rio de Janeiro abermals eine Militair-Revolution, welche die Dictatur in gemäßigterer Form aufrechterhalte. Der wieder einberufene Congreß sei unfähig, die Geschicke Brasiliens in gedeihliche Bahnen zu leiten, da er keinen moralischen Einfluß besitze, nachdem alle angesehenen Mitglieder desselben ihre Entlassung genommen. Die einzige Lösung sei die Auflösung des Congresses und Neuwahlen, die eine bürgerliche Regierung ans Ruder brächten. Bis das geschehe — und die Hoffnung, daß die herrschende Militairpartei in diesem Sinne handeln werde, sei gering — werde Rio Grande die Waffen nicht niederlegen dürfen. Die Wiederholung der Militair-Revolution sei von Nachtheil für den republikanischen Gedanken, da sie die geringe Ständigkeit der Verhältnisse unter der republikanischen Form darthue. Die Aussichten der Monarchie würden dadurch gefördert.

* Die Commission der französischen Deputirtenkammer beschloß, das Mandat des Socialisten Lafargue für giltig zu erklären.

* Bei der Abfahrt des Erzbischofs von Aix vom Appellhofe in Paris ereigneten sich vor dem Gerichtsgebäude tumultuarische Scenen. Der Wagen des Erzbischofs wurde von einer nach Tausenden zählenden Menge umringt, welche zum Theil Hochrufe auf den Erzbischof ausbrachte, zum Theil pfiff oder „vive la République" rief. Der Polizei gelang es erst nach vieler Mühe, für den Wagen freie Fahrt zu schaffen.

* Gestern hielt Lord Salisbury in Birmingham vor einer von 5000 Personen besuchten Versammlung im Staatshause eine Rede, worin er erklärte, die Regierung beschäftige sich mit der Vermehrung der Zahl der kleinen ländlichen Besitzer selbst auf Kosten des Staates. Die Machtstellung Englands hänge ab von seinen auswärtigen Besitzungen, diese aufzugeben würde ein Zeichen der Schwäche sein, welcher das Cabinet niemals zustimmen werde. Die vereinigten Ausschüsse der ungarischen Delegationen nahmen den Occupationscredit an. Die Erklärungen des Finanzministers wurden sehr beifällig aufgenommen und demselben Dank und Anerkennung ausgesprochen.

* Nach einer aus Rom zugehenden Meldung ist es nicht richtig, daß zwischen Italien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika neue Unterhandlungen betreffend den blutigen Zwischenfall von New-Orleans eröffnet worden seien. Obgleich die gegenseitigen Beziehungen der beiden Staaten durchaus freundlichen Charakters sind, hat seit der Abreise des italienischen Gesandten, Baron Fava, aus Washington zwischen den beiden Cabineten keinerlei Gedankenaustausch über die erwähnte Angelegenheit stattgefunden. Die italienische Regierung müsse sich darauf beschränken, eine befriedigende und würdige Lösung der Frage abzuwarten.

* Nach einem Telegramm der „Agenzia Stefani" aus Massauah begann der Proceß gegen Livraghi, Adam und zehn Sicherheitsbeamte. Gegen dieselben ist die Anklage des verübten Mordes erhoben. In der gestrigen Verhandlung erklärte Livraghi, er habe den Hinrichtungen beigewohnt. Dieselben waren auf Befehl des Commandanten der Polizei übertragen. Adam gab zu, dem directen Befehle des Commandanten hinsichtlich zehn Gegenzener nachgekommen zu sein, erklärte jedoch die Anklage betreffs Hinrichtung von 800 Personen für absurd. Vier Individuen seien nach einem vergeblichen Fluchtversuche erschossen worden.

* Wie man aus St. Petersburg meldet, hat der Zar angeordnet, daß dem in Bildung begriffenen Central-Comité für die Unterstützung der vom Nothstande heimgesuchten Bevölkerung aus dem kaiserlichen Apanagen-Vermögen ein Betrag von 50 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt werde.

* Der „Moskauer Zeitung" zufolge ging dem Finanzministerium von zuständiger Seite ein Antrag auf Einführung der russischen Sprache als Geschäftssprache in dem Börsencomité und der Börsenbank in Riga zu. Wie die „Moskauer Zeitung" weiter meldet und gestern kurz berichtet, würden gegen die geheime, von der Dorpater Universität ausgehende politische Agitation, abgesehen von der Unterstellung dieses Instituts unter das allgemein russische Universitätsstatut, alsbald noch besondere Maßregeln ergriffen werden. Demselben Blatte zufolge wird der Reichsrath demnächst eine Vorlage berathen, betreffend die Uebertragung der Jurisdiction in Sachen der Aufreizung von Schulen, die die geheime Verbreitung der polnischen Sprache im Weichsel-Gebiete bezwecken, seitens des Justizministeriums an die locale administrative Gewalt.

* Nach einer aus Petersburg zugehenden Meldung ist Hofmarschall Fürst Obolensky in Livadia an Folgen der Influenza gestorben. Hofminister Graf Woronzow-Daschkow ist gleichfalls an Influenza erkrankt.

* Die amtlichen Madrider Journale veröffentlichen eine Mittheilung, wonach das neue Cabinet die Politik des alten fortsetzen werde.

* Wie man aus Konstantinopel meldet, ist zwischen der türkischen und der bulgarischen Regierung soeben mittelst Austausches von Noten der Abschluß einer Convention erfolgt, durch welche sich beide Regierungen verpflichten, die unter ihre Jurisdiction fallenden Verbrecher, die sich nach Bulgarien, respective in die Türkei flüchten, einander gegenseitig auszuliefern. Diese wichtige Neuerung könne, wie die Meldung betont, nur dazu beitragen, die guten Beziehungen zwischen dem Fürstenthum und der Türkei noch mehr zu kräftigen. Die Convention komme insbesondere einem Wunsche der bulgarischen Regierung entgegen, da die bestehenden Capitulationen wiederholt zum Schutze unwürdiger bulgarischer Individuen, welche gerichtlich verfolgt waren, mißbraucht wurden. So sei erst in jüngster Zeit der bulgarische Agent bei der Pforte, D. Bulkovic, mit dem Verlangen nach Auslieferung zweier Individuen, die der Theilnahme an der Ermordung des Finanzministers Beltschew verdächtig erscheinen, auf große Schwierigkeiten gestoßen. Erst nach längeren Unterhandlungen (inzwischen war die obenerwähnte Convention abgeschlossen worden) gelang es, die Auslieferung der beiden